

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Einkommen von Haushalten mit Kindern: Finanzielle Förderung auf erste Lebensjahre konzentrieren

Markus M. Grabka
mgrabka@diw.de

Ellen Kirner
ekirner@diw.de

Die geringe Geburtenrate in Deutschland wird die künftige gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung erheblich beeinflussen. Damit rückt auch die ökonomische Situation der Familienhaushalte in das Interesse der Öffentlichkeit. Immer häufiger wird gefordert – gestützt auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts –, Familien mehr und besser als heute mit staatlichen Maßnahmen finanziell zu fördern.¹▲

Die neuesten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen für das Jahr 2000, dass Haushalten mit jüngeren Kindern nach wie vor ein viel geringeres Einkommen zur Verfügung steht als kinderlosen Haushalten. Familienhaushalte – insbesondere die der Alleinerziehenden – sind finanziell umso schlechter gestellt, je jünger die Kinder sind. Will man aus verteilungs- und familienpolitischen Gründen diesen Einkommensrückstand verringern, sollten Eltern in der Phase des höchsten Zeitaufwands für die Betreuung und Erziehung der Kinder finanziell stärker als heute entlastet werden. Zugleich ist der Ausbau institutioneller Kinderbetreuung bereits im Kleinkindalter notwendig. Für Vorschul- und Schulkinder – und deren Mütter – sind ohnehin bedarfsgerechte Kindertageseinrichtungen wichtiger als ein Ausbau der finanziellen Förderung.

„Familie ist da, wo Kinder sind“² – aber immer weniger Ehepaare haben Kinder

Im Folgenden wird unter „Familie“ – entsprechend der heute üblichen Definition – eine Lebensgemeinschaft von Eltern mit ihren Kindern verstanden. Zu den „Kindern“ werden hier nur Söhne und Töchter bis zu einem Alter von 16 Jahren gezählt, ältere Jugendliche also als „Erwachsene“ bezeichnet.³ Diese Altersgrenze ist sinnvoll, wenn die Gruppe der erziehungsbedürftigen Kinder von den im Prinzip bereits erwerbsfähigen Nachkömmlingen unterschieden werden soll.

¹ Für einen Überblick über das breite Spektrum der Diskussion vgl.: Familienförderung – Hintergründe, Instrumente und Bewertungen aus ökonomischer Sicht. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Heft 1/2002.
² Der Bundeskanzler in einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel am 12.4.2001 (<http://www2.tagesspiegel.de/archiv/2001/04/11/ak-th-552868.html>).

³ Das Alter ist stets als Differenz zwischen Beobachtungsjahr und Geburtsjahr einer Person definiert. Als Kinder zählen hier nicht nur leibliche Kinder, sondern beispielsweise auch Adoptivkinder. Entsprechend weit ist der Begriff „Eltern“ gefasst.

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 32/2002

69. Jahrgang / 8. August 2002

Inhalt

Einkommen von Haushalten mit Kindern: Finanzielle Förderung auf erste Lebensjahre konzentrieren
Seite 527

Deutsche Warenausfuhr in die EUWU profitiert vom Euro Seite 537

Deutsches
Institut f. Wirtschaftsforschung

19. Aug. 2002

Zeitschriften

Nur noch in wenigen Haushalten leben Kinder

Nach den Angaben des vom DIW Berlin zusammen mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)⁴, auf denen die vorliegende Analyse beruht, lebten im Jahre 2001 nur noch in weniger als einem Viertel aller privaten Haushalte Kinder in der angegebenen Altersgruppe (Tabelle 1).

Seit 1992 hat sich der Anteil der Haushalte mit Kindern um annähernd 3 Prozentpunkte auf 23 % verringert; damit liegt das gesamtdeutsche Niveau nun auf dem westdeutschen gegen Ende der 80er Jahre. In diesem Rückgang spiegelt sich wider, dass die Zahl von Haushalten mit Kindern in Westdeutschland entschieden langsamer wuchs als die von Haushalten ohne Kinder und dass sie in Ostdeutschland sogar signifikant zurückging (Tabelle 2). Im gesamten Bundesgebiet ist die durchschnittliche Zahl von Kindern je Familienhaushalt mit 1,6 seit Jahren annähernd gleich geblieben.

Der Rückgang des Anteils von Haushalten mit jüngeren Kindern von 1992 bis 2001 geht im Wesentlichen auf den massiven Geburtenrückgang in Ostdeutschland nach der deutschen Wiedervereinigung zurück. Wie kinderarm Deutschland jedoch auch insgesamt geworden ist, zeigt sich daran, dass im gesellschaftlichen Mittel auf zehn Haushalte nur noch vier Kinder im Alter von höchstens 16 Jahren kommen (Tabelle 1).

In beiden Teilen Deutschlands ist seit 1992 die Zahl der Ehepaare mit Kindern erheblich geschrumpft. Die Ehe ist zwar immer noch die weit überwiegende Lebensform von Eltern – nur relativ wenige Paare mit Kindern sind nicht verheiratet –, aber immerhin 15 % aller Familienhaushalte werden von Alleinerziehenden geführt.

Position der Familienhaushalte in der Einkommenshierarchie im Durchschnitt ungünstig ...

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen jüngeren familienpolitisch relevanten Entscheidungen gefordert, im Steuer- und Sozialrecht Benachteiligungen der Familie weiter abzubauen, die im Zusammenhang mit der Verminderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern infolge der Betreuungs- und Erziehungsleistungen sowie des durch Kinder erhöhten sächlichen Lebenshaltungsaufwands stehen.⁵ Vor dem Hintergrund der breiten öffentlichen Diskussion zu diesem Thema wird hier die Einkommenssituation von Familien betrachtet, wobei als Einkommensindikator das bedarfsgewichtete verfügbare Haushaltsnettoeinkommen (Äquivalenzeinkommen)⁶ verwendet

wird. Der Bedarfsgewichtung liegen die Annahmen zugrunde, dass der finanzielle Bedarf pro Haushaltsmitglied in größeren Haushalten – als gemeinsam wirtschaftenden Einheiten – geringer ist als in kleineren und dass er für Kinder niedriger ist als für Erwachsene. Die Gewichtung mit so genannten Äquivalenzziffern erfolgt auf Basis der älteren OECD-Skala.⁷

Im Jahre 2000 war das durchschnittliche verfügbare Äquivalenzeinkommen der Haushalte mit Kindern bis zu 16 Jahren um reichlich ein Fünftel niedriger als das der deutschen Haushalte insgesamt (Tabelle 1). Die entsprechende Differenz war in Westdeutschland – bei etwa gleicher Haushaltsgröße und Kinderzahl – deutlich höher als in Ostdeutschland, was sich im Wesentlichen daraus erklärt, dass die westdeutschen Mütter seltener erwerbstätig sind.⁸ Haushalten, in denen kein Kind bis zu 16 Jahren lebt, stand im bundesdeutschen Mittel je Verbrauchereinheit reichlich ein Viertel – rund 4 200 Euro im Jahr – mehr zur Verfügung als den Familienhaushalten mit Kindern.

... und tendenziell verschlechtert

Die Einkommensposition der Haushalte mit Kindern ist – gemessen am durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen aller Haushalte – von 1991 bis

Zahl der Ehepaare mit Kindern erheblich geschrumpft

⁴ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird. Im Jahre 2000 erfolgte eine Verdopplung der SOEP-Stichprobe auf rund 25 000 Befragungspersonen. Vgl. SOEP Group: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years – Overview. In: Elke Holst u. a. (Hrsg.): Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP2000). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Heft 1/2001, S. 7–14; auch <http://www.diw.de/deutsch/sop/>.

⁵ Zu einer Übersicht über die in diesem Zusammenhang relevanten Entscheidungen vgl. Ellen Kirner: Verfassungsrechtliche Maßstäbe der Familienpolitik: Die Familie mehr, die traditionelle Ehe weniger fördern. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Heft 1/2002, S. 52 ff.

⁶ Die Einkommen auf der Basis des SOEP werden hier als äquivalenzgewichtete Jahreseinkommen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um retrospektiv erfragte Einkommen des Vorjahres. Vgl. auch: Einkommensverteilung in Deutschland – Stärkere Umverteilungseffekte in Ostdeutschland. Bearb.: Markus M. Grabka. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 19/2000, S. 291.

⁷ Die durch die Summe der Äquivalenzziffern oder „Verbrauchereinheiten“ dividierten verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen je Jahr (Äquivalenzeinkommen) werden auch als „bedarfsgewichtete Einkommen“ oder „Einkommen je Verbrauchereinheit“ bezeichnet. Bei der hier verwendeten älteren OECD-Äquivalenzskala erhalten in jedem Haushalt der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, jede weitere erwachsene Person ein Gewicht von 0,7 und Kinder bis zu einem Alter von 14 Jahren ein Gewicht von 0,5. Vgl. zur Problematisierung von verschiedenen Äquivalenzskalen Jürgen Faik: Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1995. Die Auswahl des Gewichtungssystems kann die Ergebnisse erheblich beeinflussen. Die hier verwendete Skala ist geeignet, wenn ein Kompromiss zwischen einer reinen „Pro-Kopf-Betrachtung“ und der die Einkommensunterschiede eher unterzeichnenden neueren OECD-Skala gesucht wird.

⁸ Vgl.: Erwerbsverhalten von Frauen: Trotz Annäherung immer noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 42/2001, S. 651.

Tabelle 1

Struktur privater Haushalte in Deutschland im Jahre 2001 und Einkommen im Jahre 2000¹
Durchschnitt je Haushalt

Haushaltstyp/Alter ² der Haushaltsmitglieder	Zahl der		Zahl der Haushalte		Bruttoeinkommen aus Erwerbstätig- keit und Vermögen je Erwachsenen ³	Verfügbares Einkommen je Verbrauchereinheit (bedarfsgewichtet) ⁴	
	Kinder bis 16 Jahre	Haushaltsmit- glieder insgesamt					
			in 1 000	in %	Euro/Jahr	in %	
Haushalte insgesamt	0,4	2,2	39 172	100,0	14 886	15 453	100,0
I. Haushalte mit Kind(ern) bis zu 16 Jahren	1,6	3,7	9 112	23,3	18 416	12 203	79,0
Paar-Haushalte							
Jüngstes Kind							
bis 3 Jahre	1,8	3,8	2 187	5,6	18 645	12 065	78,1
4 bis 7 Jahre	1,9	4,0	1 690	4,3	19 952	12 234	79,2
8 bis 11 Jahre	1,8	4,0	1 539	3,9	22 307	13 526	87,5
12 bis 16 Jahre	1,2	3,8	2 088	5,3	19 314	13 711	88,7
Alleinerziehende insgesamt	1,4	2,5	1 313	3,3	12 155	8 962	58,0
Allein erziehende Frauen							
Jüngstes Kind							
bis 3 Jahre	1,6	2,6	280	0,7	6 972	7 522	48,7
4 bis 7 Jahre	1,3	2,3	314	0,8	9 844	8 252	53,4
8 bis 11 Jahre	1,5	2,8	233	0,6	14 766	9 207	59,6
12 bis 16 Jahre	1,2	2,5	408	1,0	14 755	10 124	65,5
Allein erziehende Männer	1,2	2,6	79	0,2	18 570	10 162	65,8
Sonstige Haushalte mit Kindern	1,7	5,2	294	0,8	9 087	9 911	64,1
II. Haushalte ohne Kinder oder mit Kindern über 16 Jahren	X	1,7	30 060	76,7	13 807	16 446	106,4
1-Personen-Haushalte von Männern							
unter 25 Jahre	X	1,0	346	0,9	9 751	9 424	61,0
25 bis 55 Jahre	X	1,0	3 854	9,8	30 129	20 061	129,8
56 Jahre und mehr	X	1,0	1 600	4,1	6 841	16 896	109,3
1-Personen-Haushalte von Frauen							
unter 25 Jahre	X	1,0	405	1,0	9 806	8 965	58,0
25 bis 55 Jahre	X	1,0	2 386	6,1	23 077	16 921	109,5
56 Jahre und mehr	X	1,0	5 639	14,4	3 275	14 912	96,5
2-Personen-Haushalte							
Verheiratete Paare							
Älteres Haushaltsmitglied							
unter 25 Jahre	X	2,0	(29)	(0,1)	(8 125)	(7 342)	(47,5)
25 bis 55 Jahre	X	2,0	2 293	5,9	24 400	19 812	128,2
56 Jahre und mehr	X	2,0	6 865	17,5	7 335	16 332	105,7
2 unverheiratete Personen							
Älteres Haushaltsmitglied							
unter 25 Jahre	X	2,0	135	0,3	11 582	9 339	60,4
25 bis 55 Jahre	X	2,0	1 996	5,1	19 810	14 985	97,0
56 Jahre und mehr	X	2,0	770	2,0	11 903	16 592	107,4
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern über 16 Jahren	X	3,3	3 262	8,3	14 224	15 466	100,1
Sonstige Haushalte	X	2,9	481	1,2	8 730	13 346	86,4

() = Zahlenwert unsicher, da weniger als 30 Fälle in der Stichprobe.

1 Hochgerechnete Ergebnisse (vorläufige Hochrechnungsfaktoren).

2 Alter: Differenz zwischen Erhebungs- und Geburtsjahr.
3 Erwachsene definiert als Personen mit einem Alter von 17 Jahren und mehr.
4 Äquivalenzgewichtet mit der älteren OECD-Skala.

Quellen: SOEP 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

2000 etwas ungünstiger geworden (Tabelle 3).⁹ Da in dieser Zeit im Durchschnitt aller Haushalte mit

⁹ Zwar hat in beiden Teilen Deutschlands in nominaler Rechnung das verfügbare bedarfsgewichtete Einkommen der jüngeren Familien von 1991 bis 2000 beachtlich zugenommen. Berücksichtigt man aber die

Preissteigerungen in dieser Zeit, zeigt sich, dass die Kaufkraft der Familien kaum gewachsen ist. Das gilt zwar ebenso für die übrigen Haushalte, doch sind auch die indirekten Steuern gestiegen, die viele Familien besonders belasten, weil ihr Haushaltseinkommen niedrig, ihre Konsumquote aber relativ hoch ist. Vgl. Ellen Kirner und Johannes Schwarze: Zur Einkommenssituation und Einkommensverwendung von Familien mit jüngeren Kindern. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Nr. 2/1996, S. 203 ff.

Tabelle 2

Zahl und Verteilung der privaten Haushalte 1986 bis 2001 nach Haushaltstypen¹

Haushaltstyp/ ² Alter ² der Haushaltsmitglieder	Westdeutschland						Ostdeutschland			
	1986	1992	2001 ³	1986	1992	2001 ³	1992	2001 ³	1992	2001 ³
	in 1 000			in %			in 1 000		in %	
Haushalte insgesamt	26 790	29 023	31 947	100,0	100,0	100,0	6 657	7 225	100,0	100,0
I. Haushalte mit Kind(ern) bis zu 16 Jahren	6 611	7 097	7 408	24,7	24,5	23,2	2 184	1 704	32,8	23,6
Paar-Haushalte										
Jüngstes Kind										
bis 3 Jahre	1 626	1 997	1 888	6,1	6,9	5,9	504	299	7,6	4,1
4 bis 7 Jahre	1 307	1 454	1 437	4,9	5,0	4,5	531	253	8,0	3,5
8 bis 11 Jahre	1 054	1 216	1 276	3,9	4,2	4,0	371	263	5,6	3,6
12 bis 16 Jahre	1 639	1 173	1 556	6,1	4,0	4,9	359	532	5,4	7,4
Alleinerziehende insgesamt	610	819	1 003	2,3	2,8	3,1	281	311	4,2	4,3
Allein erziehende Frauen										
Jüngstes Kind										
bis 3 Jahre	(28)	(94)	205	(0,1)	(0,3)	0,6	(38)	(75)	(0,6)	(1,0)
4 bis 7 Jahre	165	(315)	270	0,6	(1,1)	0,9	(76)	(44)	(1,1)	(0,6)
8 bis 11 Jahre	147	191	177	0,6	0,7	0,6	(68)	(56)	(1,0)	(0,8)
12 bis 16 Jahre	208	(148)	295	0,8	(0,5)	0,9	(86)	113	(1,3)	1,6
Allein erziehende Männer	(61)	(71)	(55)	(0,2)	(0,2)	(0,2)	(13)	(23)	(0,2)	(0,3)
Sonstige Haushalte mit Kindern	374	437	248	1,4	1,5	0,8	139	(46)	2,1	(0,6)
II. Haushalte ohne Kinder oder mit Kindern über 16 Jahren	20 179	21 926	24 539	75,3	75,6	76,8	4 473	5 521	67,2	76,4
1-Personen-Haushalte von Männern	3 141	3 687	4 752	11,7	12,8	14,9	611	1 048	9,2	14,5
unter 25 Jahre	308	(167)	287	1,2	(0,6)	0,9	(65)	(59)	(1,0)	(0,8)
25 bis 55 Jahre	1 966	2 576	3 214	7,3	8,9	10,1	394	640	5,9	8,9
56 Jahre und mehr	867	944	1 251	3,2	3,3	3,9	(152)	349	(2,3)	4,8
1-Personen-Haushalte von Frauen	5 735	6 485	6 999	21,4	22,3	21,9	1 263	1 433	18,9	19,8
unter 25 Jahre	395	264	330	1,5	0,9	1,0	(28)	(75)	(0,4)	(1,0)
25 bis 55 Jahre	1 265	1 666	2 017	4,7	5,7	6,3	208	370	3,1	5,1
56 Jahre und mehr	4 075	4 555	4 652	15,2	15,7	14,6	1 027	988	15,4	13,7
2-Personen-Haushalte										
Verheiratete Paare	6 128	6 086	7 411	22,9	21,0	23,2	1 480	1 776	22,3	24,6
Älteres Haushaltsmitglied										
unter 25 Jahre	(95)	(28)	(29)	(0,4)	(0,1)	(0,1)	(5)	–	(0,1)	–
25 bis 55 Jahre	2 070	2 173	1 942	7,7	7,5	6,1	390	351	5,9	4,9
56 Jahre und mehr	3 963	3 885	5 440	14,8	13,4	17,0	1 085	1 425	16,3	19,7
2 unverheiratete Personen	1 344	2 184	2 405	5,0	7,6	7,5	380	494	5,7	6,8
Älteres Haushaltsmitglied										
unter 25 Jahre	159	246	98	0,6	0,9	0,3	(68)	(36)	(1,0)	(0,5)
25 bis 55 Jahre	708	1 355	1 669	2,6	4,7	5,2	161	327	2,4	4,5
56 Jahre und mehr	477	583	638	1,8	2,0	2,0	151	131	2,3	1,8
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern über 16 Jahren	3 090	3 024	2 564	11,5	10,4	8,0	558	698	8,4	9,7
Sonstige Haushalte	743	462	408	2,8	1,6	1,3	183	72	2,8	1,0

() = Zahlenwert unsicher, da weniger als 30 Fälle in der Stichprobe.

– = nicht nachweisbar.

¹ Hochgerechnete Ergebnisse.³ Vorläufige Hochrechnungsfaktoren.² Alter: Differenz zwischen Erhebungs- und Geburtsjahr.

Quellen: SOEP 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Kindern sowohl die Haushaltsgröße als auch die Zahl der Kinder je Haushalt etwa gleich geblieben ist, sind die Ursachen für diese Entwicklung ausschließlich in der Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Haushaltsstruktur und der Einkommen zu suchen. Zur relativen Verschlechterung

der Einkommensposition der jüngeren Familien hat wesentlich beigetragen, dass der Anteil der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte ohne Kinder – spiegelbildlich zur geschrumpften Kinderzahl in Deutschland – zugenommen hat. Unter diesen Haushalten haben diejenigen mit Mitgliedern im

Tabelle 3

Verfügbares Einkommen¹ je privaten Haushalt und je Verbrauchereinheit (bedarfsgewichtet) in West- und Ostdeutschland nach Haushaltstypen²

Haushaltstyp/ ³ Alter ³ der Haushaltsmitglieder	Westdeutschland						Ostdeutschland			
	1985	1991	2000 ⁴	1985	1991	2000 ⁴	1991	2000 ⁴	1991	2000 ⁴
	Euro/Jahr			Einkommensposition in %			Euro/Jahr		Einkommensposition in %	
Haushalte insgesamt	9 679	12 796	16 021	100,0	100,0	100,0	7 296	12 949	100,0	100,0
I. Haushalte mit Kind(ern) bis zu 16 Jahren	7 998	10 353	12 466	82,6	80,9	77,8	7 111	11 060	97,5	85,4
Paar-Haushalte										
Jüngstes Kind										
bis 3 Jahre	8 036	9 951	12 329	83,0	77,8	77,0	6 544	10 369	89,7	80,1
4 bis 7 Jahre	8 036	10 346	12 389	83,0	80,9	77,3	7 351	11 352	100,8	87,7
8 bis 11 Jahre	8 500	11 620	13 796	87,8	90,8	86,1	7 947	12 218	108,9	94,3
12 bis 16 Jahre	8 812	11 926	14 152	91,0	93,2	88,3	8 053	12 421	110,4	95,9
Alleinerziehende insgesamt	5 529	7 800	9 148	57,1	61,0	57,1	5 636	8 363	77,3	64,6
Allein erziehende Frauen										
Jüngstes Kind										
bis 3 Jahre	(4 824)	(4 328)	7 296	(49,8)	(33,8)	45,5	(3 179)	(8 139)	(43,6)	(62,8)
4 bis 7 Jahre	4 561	(7 509)	8 336	47,1	(58,7)	52,0	(5 885)	(7 733)	(80,7)	(59,7)
8 bis 11 Jahre	5 401	7 821	9 431	55,8	61,1	58,9	(6 088)	(8 493)	(83,4)	(65,6)
12 bis 16 Jahre	5 656	(8 006)	10 808	58,4	(62,6)	67,5	(6 096)	8 338	(83,6)	64,4
Allein erziehende Männer	(8 340)	(13 196)	(10 202)	(86,2)	(103,1)	(63,7)	(5 975)	(10 069)	(81,9)	(77,8)
Sonstige Haushalte mit Kindern	6 734	9 595	9 955	69,6	75,0	62,1	6 559	(9 675)	89,9	(74,7)
II. Haushalte ohne Kinder oder mit Kindern über 16 Jahren	10 234	13 591	17 104	105,7	106,2	106,8	7 387	13 533	101,2	104,5
1-Personen-Haushalte von Männern										
unter 25 Jahre	8 051	(10 878)	9 387	83,2	(85,0)	58,6	(7 276)	(9 603)	(99,7)	(74,2)
25 bis 55 Jahre	12 339	18 360	21 218	127,5	143,5	132,4	9 430	14 292	129,3	110,4
56 Jahre und mehr	11 734	15 130	17 797	121,2	118,2	111,1	(6 127)	13 663	(84,0)	105,5
1-Personen-Haushalte von Frauen										
unter 25 Jahre	6 068	8 192	8 967	62,7	64,0	56,0	(5 901)	(8 956)	(80,9)	(69,2)
25 bis 55 Jahre	10 931	15 161	17 805	112,9	118,5	111,1	6 998	12 101	95,9	93,4
56 Jahre und mehr	8 372	11 222	15 441	86,5	87,7	96,4	5 477	12 450	75,1	96,1
2-Personen-Haushalte										
Verheiratete Paare										
Älteres Haushaltsmitglied										
unter 25 Jahre	(10 280)	(14 258)	(7 342)	(106,2)	(111,4)	(45,8)	(6 527)	–	(89,5)	–
25 bis 55 Jahre	12 919	17 433	20 557	133,5	136,2	128,3	9 670	15 738	132,5	121,5
56 Jahre und mehr	10 042	12 569	16 925	103,8	98,2	105,6	7 109	14 084	97,4	108,8
2 unverheiratete Personen										
Älteres Haushaltsmitglied										
unter 25 Jahre	8 279	9 095	9 767	85,5	71,1	61,0	(8 970)	(8 184)	(122,9)	(63,2)
25 bis 55 Jahre	11 080	12 931	15 311	114,5	101,1	95,6	7 996	13 334	109,6	103,0
56 Jahre und mehr	9 773	11 823	16 971	101,0	92,4	105,9	6 410	14 748	87,8	113,9
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern über 16 Jahren	10 064	12 423	15 898	104,0	97,1	99,2	8 702	13 881	119,3	107,2
Sonstige Haushalte	8 966	9 906	13 598	92,6	77,4	84,9	7 958	11 949	109,1	92,3

() = Zahlenwert unsicher, da weniger als 30 Fälle in der Stichprobe.

– = nicht nachweisbar.

¹ Äquivalenzgewichtet mit der älteren OECD-Skala.

³ Alter: Differenz zwischen Erhebungs- und Geburtsjahr.

² Hochgerechnete Ergebnisse.

⁴ Vorläufige Hochrechnungsfaktoren.

Quellen: SOEP 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Erwerbsalter überdurchschnittlich hohe bedarfsgewichtete Einkommen. Allein durch diese Veränderung der Haushaltsstruktur stieg das verfügbare Äquivalenzeinkommen im Mittel aller Haushalte,

und die *relative* Einkommensposition der Familien wurde ungünstiger. Hinzu kommt, dass sich in beiden Teilen Deutschlands die Einkommen der älteren Mitglieder von Ein- und Zwei-Personen-

Tabelle 4

Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen je privaten Haushalt und je Erwachsenen¹ in West- und Ostdeutschland nach Haushaltstypen²

Haushaltstyp/Alter ³ der Haushaltsmitglieder	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1985	1991	2000 ⁴	2000 ⁴ /1985	2000 ⁴ /1991	1991	2000 ⁴	2000 ⁴ /1991
	Euro/Jahr			Veränderung in %		Euro/Jahr		Veränderung in %
Haushalte insgesamt	9 556	13 098	15 969	67,1	21,9	6 989	10 113	44,7
I. Haushalte mit Kind(ern) bis zu 16 Jahren	12 144	15 770	19 256	58,6	22,1	9 916	14 748	48,7
Paar-Haushalte								
Jüngstes Kind								
bis 3 Jahre	13 300	15 027	19 279	45,0	28,3	8 433	14 562	72,7
4 bis 7 Jahre	13 083	16 634	20 833	59,2	25,2	10 880	14 951	37,4
8 bis 11 Jahre	13 258	18 937	23 024	73,7	21,6	11 300	18 825	66,6
12 bis 16 Jahre	12 492	17 708	20 479	63,9	15,6	11 010	15 914	44,5
Alleinerziehende insgesamt	7 222	10 768	12 707	76,0	18,0	9 103	10 373	13,9
Allein erziehende Frauen								
Jüngstes Kind								
bis 3 Jahre	(4 580)	(1 296)	6 195	(35,3)	(378,0)	(3 186)	(9 093)	(185,4)
4 bis 7 Jahre	5 678	(9 112)	10 438	83,8	(14,6)	(9 693)	(6 154)	(-36,5)
8 bis 11 Jahre	5 237	10 633	16 028	206,1	50,7	(10 246)	(10 735)	(4,8)
12 bis 16 Jahre	7 203	(12 736)	15 975	121,8	(25,4)	(9 987)	11 574	(15,9)
Allein erziehende Männer	(17 461)	(26 893)	(19 804)	(13,4)	(-26,4)	(11 195)	(15 651)	(39,8)
Sonstige Haushalte mit Kindern	7 211	11 666	9 375	30,0	-19,6	6 743	(7 532)	(11,7)
II. Haushalte ohne Kinder oder mit Kindern über 16 Jahren	8 701	12 229	14 966	72,0	22,4	5 556	8 682	56,3
1-Personen-Haushalte von Männern								
unter 25 Jahre	9 077	(13 641)	9 732	7,2	(-28,7)	(9 470)	(9 843)	(3,9)
25 bis 55 Jahre	17 347	26 344	32 746	88,8	24,3	11 985	17 082	42,5
56 Jahre und mehr	5 699	6 524	8 031	40,9	23,1	(1 996)	2 570	(28,8)
1-Personen-Haushalte von Frauen								
unter 25 Jahre	7 027	10 354	9 752	38,8	-5,8	(6 763)	(10 066)	(48,8)
25 bis 55 Jahre	15 439	21 688	25 005	62,0	15,3	8 241	12 560	52,4
56 Jahre und mehr	1 893	3 079	3 733	97,2	21,3	756	1 140	50,8
2-Personen-Haushalte								
Verheiratete Paare								
Älteres Haushaltsmitglied								
unter 25 Jahre	(11 755)	(17 870)	(8 125)	(-30,9)	(-54,5)	(6 745)	-	-
25 bis 55 Jahre	15 666	21 120	25 743	64,3	21,9	10 471	17 046	62,8
56 Jahre und mehr	4 918	5 845	7 851	59,6	34,3	3 797	5 378	41,6
2 unverheiratete Personen								
Älteres Haushaltsmitglied								
unter 25 Jahre	10 036	13 038	12 581	25,4	-3,5	(10 577)	(8 890)	(-15,9)
25 bis 55 Jahre	13 346	16 618	20 806	55,9	25,2	8 855	14 753	66,6
56 Jahre und mehr	6 645	7 141	13 057	96,5	82,9	4 070	6 280	54,3
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern über 16 Jahren	10 028	11 889	14 619	45,8	23,0	8 099	12 775	57,7
Sonstige Haushalte	6 527	7 478	9 054	38,7	21,1	5 681	6 931	22,0

() = Zahlenwert unsicher, da weniger als 30 Fälle in der Stichprobe.

- = nicht nachweisbar.

1 Erwachsene definiert als Personen mit einem Alter von 17 Jahren und mehr.
2 Hochgerechnete Ergebnisse.

3 Alter: Differenz zwischen Erhebungs- und Geburtsjahr.
4 Vorläufige Hochrechnungsfaktoren.

Quellen: SOEP 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Haushalten (mindestens 56 Jahre alt), die häufig Alterseinkommen beziehen, von 1991 bis 2000 überdurchschnittlich erhöht haben.

In Ostdeutschland hat sich die relative Einkommensposition der jüngeren Familienhaushalte deutlicher verschlechtert als in Westdeutschland. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass in Ost-

deutschland insbesondere die Altersrenten überdurchschnittlich gestiegen sind. Bezogen auf das durchschnittliche Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen je Erwachsenen und Haushalt in Ostdeutschland insgesamt ist die Position der Familien hier zwar relativ konstant geblieben. Dieses Einkommen stieg aber bei der Gruppe der Eltern jüngerer Kinder erheblich schwächer als bei den übrigen Personen im Erwerbsalter (Tabelle 4).

Niedriges Einkommen von Eltern mit kleinen Kindern – allein erziehende Mütter am schlechtesten gestellt

Betrachtet man die verschiedenen Gruppen der Familienhaushalte mit Kindern bis zu 16 Jahren, fällt erneut der krasse Einkommensrückstand von Alleinerziehenden auf. Weit überwiegend sind dies die Mütter – allein erziehende Väter sind immer noch die Ausnahme. In dem Einkommensrückstand spiegeln sich also auch die im Durchschnitt noch immer deutlich geringeren Verdienstmöglichkeiten von Frauen im Vergleich zu Männern wider. So betrug im Jahre 2000 nach den hier vorliegenden Ergebnissen im Bundesdurchschnitt das Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen der weiblichen Singles im Alter von 25 bis 55 Jahren nur 77 % des entsprechenden Einkommens der männlichen Alleinlebenden (Tabelle 4).¹⁰

Allein erziehende Mütter mit Kindern unter vier Jahren hatten – bedarfsgewichtet – das geringste verfügbare Einkommen aller hier betrachteten Haushaltstypen. Es betrug 2000 im bundesdeutschen Durchschnitt rund 7 500 Euro im Jahr, das waren knapp 50 % der entsprechenden Einkommensgröße im Mittel aller Haushalte und 62 % des Einkommens der Paar-Haushalte mit Kindern in der gleichen Altersgruppe (Tabelle 1). Hier kommt vor allem die sehr geringe Erwerbsbeteiligung der allein erziehenden Mütter kleiner Kinder in Westdeutschland zum Ausdruck. Unterhaltsleistungen der früheren Partner und staatliche Leistungen wie Kindergeld, Erziehungsgeld und Sozialhilfe schaffen offenbar nur eine geringe Kompensation.

Mit dem Alter des jüngsten Kindes nimmt die Erwerbsbeteiligung und damit auch das verfügbare Einkommen von allein erziehenden Frauen deutlich zu. Im Vergleich zu den Müttern mit Kindern unter vier Jahren war das Bruttoeinkommen allein erziehender Frauen, deren jüngstes Kind acht bis elf Jahre alt war, im Jahre 2000 reichlich doppelt so hoch.

Gemessen am jeweiligen Durchschnittswert des bedarfsgewichteten verfügbaren Einkommens in Ost- bzw. Westdeutschland hatten die Alleinerzie-

henden-Haushalte insgesamt im Jahre 2000 in den neuen Ländern eine günstigere Einkommensposition als in den alten. Im Vergleich zu 1991 sind diese Familienhaushalte in Ostdeutschland jedoch in der Einkommenshierarchie deutlich gesunken, während sich die relative Position in Westdeutschland nur leicht verschlechtert hat. Insoweit haben sich die Verhältnisse in West und Ost auch hier in negativer Richtung einander genähert.

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland sind Elternpaare viel besser gestellt als Alleinerziehende. Obwohl auch Mütter, die mit einem (Ehe-) Partner in einem Haushalt leben, eine umso höhere Erwerbsneigung haben, je älter das jüngste Kind ist, nimmt das verfügbare Äquivalenzeinkommen von Paar-Haushalten mit zunehmendem Alter der Kinder bei weitem nicht so stark zu wie das von allein erziehenden Frauen. Gemessen am Bruttoeinkommen verdienten im Jahre 2000 Paare mit Kindern im Alter von acht bis elf Jahren je Erwachsenen rund ein Fünftel mehr als Paare mit Kindern unter vier Jahren.¹¹ Das verfügbare Äquivalenzeinkommen dieser Haushalte war um reichlich ein Zehntel höher als das der Paar-Haushalte mit Kindern in der untersten Altersgruppe.

Innerhalb der hier ausgewiesenen Haushaltsgruppen streut das verfügbare Einkommen je Verbrauchereinheit erheblich. Bei Familien ist es u. a. umso niedriger, je mehr Kinder im Haushalt leben.¹² Andere Faktoren wie das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen spielen zwar auch eine wichtige Rolle für die Einkommensstruktur aller Haushalte, werden aber nicht dargestellt, weil hier die Niveauunterschiede zwischen Haushalten mit unterschiedlichen Familienmerkmalen im Vordergrund stehen.

Ehepaar-Haushalte ohne Kinder und Singles viel besser gestellt als Familien

Für die Diskussion um die Möglichkeit, die Struktur der familienfördernden Maßnahmen und deren Finanzierung neu zu gestalten, kommt es nicht allein auf die Feststellung eines generellen Einkommensrückstands der Haushalte mit Kindern an, sondern auch auf den Vergleich von Familien einer-

Elternpaare erzielen deutlich höheres Einkommen als Alleinerziehende

¹⁰ Bei einer arbeitsmarktpolitischen Bewertung muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich Qualifikationsniveau und Berufsstruktur beider Gruppen deutlich unterscheiden.

¹¹ Die Zunahme der Einkommensgrößen je Erwachsenen oder je Verbrauchereinheit in Abhängigkeit vom Alter der Kinder kann in der Gruppe „jüngstes Kind 12 bis 16 Jahre alt“ bei der hier vorgenommenen Altersabgrenzung nicht beobachtet werden, weil in dieser Altersgruppe auch Söhne oder Töchter im Alter von 17 und mehr Jahren im Haushalt leben. Diese älteren Kinder zählen jedoch definitionsgemäß zu den Erwachsenen und senken daher die durchschnittliche Einkommensgröße je Haushalt.

¹² Vgl. Felix Büchel und Heike Trappe: Die Entwicklung der Einkommensposition kinderreicher Familien in Deutschland. In: Zeitschrift für Familienforschung, Heft 2/2001, S. 5–28.

seits und von einzelnen Gruppen kinderloser Haushalte andererseits. Unter den Letzteren werden hier besonders die Ehepaare in Zwei-Personen-Haushalten und die Singles betrachtet; das waren in Deutschland im Jahre 2001 fast vier Fünftel (78 %) aller Haushalte ohne Kinder oder mit „erwachsenen“ Kindern. Das übrige Fünftel bestand weit überwiegend aus unverheirateten Paaren, die allein im Haushalt lebten, und Eltern mit erwachsenen Kindern. Da Eltern jüngerer Kinder typischerweise im Erwerbsalter stehen (hier definiert als die Spanne von 25 bis 55 Jahren), ist es sinnvoll, diese Gruppe mit den Alleinstehenden und Ehepaaren etwa gleichen Alters zu vergleichen (bei Ehepaaren: der ältere Partner). Die Unterschiede im verfügbaren bedarfsgewichteten Einkommen im Jahre 2000 treten deutlich hervor (Tabelle 1).

Männliche Singles und kinderlose Ehepaare liegen an der Spitze der Einkommenshierarchie

Hinter den männlichen Singles im Erwerbsalter, die das höchste Einkommen hatten, nahmen die Ehepaare in Zwei-Personen-Haushalten mit jährlich 19 800 Euro eine Spitzenposition ein. Das geht nicht allein darauf zurück, dass die Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder hier vergleichsweise hoch ist, sondern auch darauf, dass sich in dieser Gruppe viele Ehepaare in fortgeschrittenem Alter und damit auch fortgeschrittener Berufskarriere befinden. Häufig handelt es sich um Eltern, deren Kinder nicht mehr im Haushalt leben. Den Familien mit Kindern bis zu 16 Jahren standen im Jahre 2000 je Verbrauchereinheit durchschnittlich rund 7 600 Euro weniger zur Verfügung als diesen Ehepaaren, ein Einkommensrückstand von 38 %; bei den Alleinerziehenden belief sich dieser Rückstand sogar auf die Hälfte. Der Einkommensvorsprung derjenigen Ehepaare, die keine Kinder (mehr) im Haushalt haben, wird auch deutlich, wenn man Elternpaare mit kleinen Kindern zum Vergleich heranzieht. Waren die Kinder unter vier Jahre alt, war das bedarfsgewichtete verfügbare Einkommen um fast 40 % niedriger als das der allein im Haushalt lebenden Ehepaare (Abbildung).

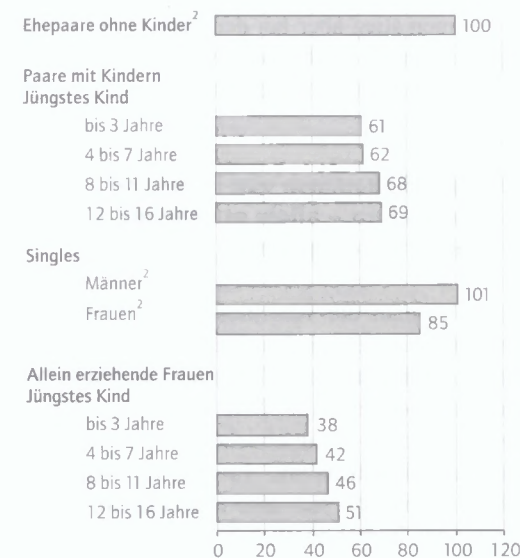
Bemerkenswert ist schließlich, dass männliche Singles und auch Paare in einem Alter, in dem viele bereits im Ruhestand sind (56 Jahre und älter), über ein im Mittel weit höheres Äquivalenzeinkommen verfügen als Familien mit jüngeren Kindern.

Zusammenfassung und Fazit

Der Anteil der Haushalte mit Kindern im Alter bis zu 16 Jahren ist in Deutschland seit geraumer Zeit rückläufig. Dies betrifft aber ausschließlich die traditionelle Form der Familien, die Ehepaar-Haushalte. Der Anteil der unverheiratet zusammenlebenden Eltern und der Alleinerziehenden unter den Familienhaushalten hat demgegenüber leicht zugenom-

Einkommensposition¹ von ausgewählten Haushalten in Deutschland im Jahre 2000 nach dem Alter des jüngsten Kindes

Ehepaare ohne Kinder = 100



¹ Bedarfsgewichtetes verfügbares Einkommen je Haushalt im Bundesdurchschnitt.

² Alter: 25 bis 55 Jahre (bei Ehepaaren der ältere Partner).

Quellen: SOEP 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

men; diese machten im Jahre 2001 23 % aller Elternhaushalte aus. Elternhaushalte insgesamt hatten nur noch einen Anteil von weniger als einem Viertel aller Haushalte. Die Einkommensposition von Familienhaushalten ist – gemessen am Durchschnitt des bedarfsgewichteten verfügbaren Einkommens – deutlich ungünstiger als die von kinderlosen Haushalten. Unter den Familienhaushalten sind die Alleinerziehenden finanziell besonders schlecht gestellt. Das verfügbare Einkommen dieser Gruppe macht weniger als die Hälfte (rund 45 %) dessen aus, was Haushalten mit kinderlosen Ehepaaren im mittleren Alter zur Verfügung steht.

Ein wesentlicher Grund für die schlechtere Einkommensposition der Familienhaushalte, insbesondere jener mit jüngeren Kindern, ist der hohe zeitliche Aufwand für Betreuung und Erziehung in der Familie. Die Erwerbsbeteiligung der Mütter steigt zwar mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes, doch bleibt das verfügbare Einkommen unter dem Gesamtdurchschnitt.¹³

Neben der inzwischen nahezu einhelligen Forderung nach einer Verbesserung der institutionellen

¹³ Vgl.: Erwerbsverhalten von Frauen ..., a. a. O.

Kinderbetreuung werden in der öffentlichen Diskussion auch immer wieder Appelle laut, die Einkommensnachteile stärker durch monetäre Transfers auszugleichen. In seinem jüngsten Gutachten hat der Sachverständigenrat die Frage aufgeworfen, ob das Volumen für die finanzielle Förderung von Familien ausgeweitet werden sollte, und darauf hingewiesen, dass der Staat bereits heute Familienleistungen in Höhe von 146 Mrd. Euro pro Jahr gewährt; berücksichtige man außerdem das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Familienversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung, so sei die finanzielle Förderung noch um bis zu rund 50 Mrd. Euro höher.¹⁴ Im Durchschnitt ergibt sich eine Nettoförderung von Familien in Höhe von annähernd einem Drittel der Kosten, die Kinder verursachen.¹⁵

Vor diesem Hintergrund ist mit Recht anzuzweifeln, dass das Volumen familienfördernder finanzieller Maßnahmen noch vergrößert werden sollte. Viel spricht dafür, stattdessen das Maßnahmenbündel, mit dem heute „Ehe und Familie“ gefördert werden, zugunsten der Kinderbetreuung umzustrukturieren. Deshalb sollte man die verschiedenen, bisher eher unsystematischen Maßnahmen überdenken, mit denen Familien allenfalls indirekt – über die Ehe – gefördert werden, etwa die Regelung über die beitragsfreie „Mitversicherung“ von erwerbslosen Ehepartnern ohne Kindererziehungstätigkeiten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die allein auf die Institution der Ehe bezogenen Abgabenerleichterungen im heutigen System sind für die Gesellschaft mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Die hierfür benötigten Mittel fehlen für die gezielte Entlastung von Familien. Außerdem begünstigen solche Maßnahmen – zumindest in Westdeutschland – Verhaltensweisen, die eine geringe Erwerbsneigung verheirateter Mütter zur Folge haben, und zementieren damit eine der wichtigsten Ursachen für den Einkommensrückstand der Familien.

Die finanzielle Förderung der Ehe – z. B. durch das Ehegattensplitting bei der Einkommensteuer und die Mitversicherung von Ehefrauen in der Sozialversicherung – sollte zügig auf das verfassungsrechtlich gebotene Maß zurückgeführt werden.¹⁶ Es wäre dann leichter, Eltern in jener Phase zu entlasten, in der der zeitliche Aufwand für die Kinderbetreuung groß ist und eine Erwerbstätigkeit besonders schwer fällt.

Das bedeutet zunächst, die Rahmenbedingungen für die institutionelle Kinderbetreuung zu verbessern, um erwerbswilligen Müttern von kleinen Kindern die Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen.¹⁷ Empirische Untersuchungen lassen darauf schließen, dass durch eine Ausweitung der

Versorgung mit Kindergartenplätzen, insbesondere mit ganztägiger Betreuung, die Erwerbsbeteiligung der Mütter erhöht und damit auch die Einkommenssituation der Familien verbessert würde.¹⁸ Sind die Kinder aber noch nicht im Kindergartenalter, also bis zu zwei oder drei Jahren alt, wollen viele Mütter nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig sein.¹⁹ Wenn Kinder nicht bereits in ihrer ersten Lebenszeit in Krippen oder ähnlichen Einrichtungen versorgt werden sollen, müssen für Eltern in dieser Familienphase andere Wege zur Einkommenserzielung gefunden werden. Das jetzige Erziehungs- und Kindergeld reicht für viele offenbar nicht aus. Auf der anderen Seite sollten nicht zu starke Anreize für Mütter gesetzt werden, ihre Erwerbstätigkeit lange zu unterbrechen, da dies mit Arbeitsmarktrisiken für diese Frauen verbunden ist.²⁰ Angesichts des Zielkonflikts zwischen familialer Kinderbetreuung, Einkommenssicherung und Bindung zum Arbeitsmarkt²¹ sollten Geldleistungen nur für Eltern mit Kindern bis zu einem Alter von zwei oder drei Jahren verbessert werden, z. B. durch eine entsprechende Veränderung und Erhöhung des Erziehungsgeldes.²² Dabei könnten Anreize zu einer Rückkehr in den Beruf dadurch gesetzt werden, dass das Erziehungsgeld für das erste Lebensjahr des Kindes stärker erhöht wird als für das zweite. Dies sollte durch Kürzung von Vergünstigungen finanziert

Ausbau der Kinderbetreuungs-einrichtungen erhöht Erwerbsbeteiligung der Mütter

Monetäre Transfers gezielt für Kleinkinder erhöhen

¹⁴ Vgl.: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2001/2002, S. 258 ff.

¹⁵ Hierbei sind die Eigenfinanzierungsanteile der Familien am Förder-volumen berücksichtigt. Vgl. Astrid Rosenschon: Familienförderung in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme. In: Institut für Weltwirtschaft Kiel (Hrsg.): Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 382, November 2001. Werden weitere Leistungen, z. B. der Aufwand für die kostengünstige Witwenversorgung in der gesetzlichen Rentenversicherung, einbezogen, so ist der entsprechende Anteil noch weit höher einzuschätzen.

¹⁶ Vgl.: Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erfordert Reform der staatlichen Förderung von Ehe und Familie. Zur Einkommenssituation von Haushalten mit Kindern. Bearb.: Ellen Kirner. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 8/99, S. 168 f.; Ellen Kirner: Verfassungsrechtliche Maßstäbe ..., a. a. O., S. 61 ff.

¹⁷ Zur Tatsache, dass ein Ausbau auch aus bildungspolitischen Gesichtspunkten sinnvoll ist, vgl.: Kinderbetreuung in Ost- und Westdeutschland: Sozioökonomischer Hintergrund entscheidend. Bearb.: C. Katharina Spieß, Felix Büchel und Joachim R. Frick. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 31/2002.

¹⁸ Vgl. Felix Büchel und C. Katharina Spieß: Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Heft 1/2002, S. 95 ff.

¹⁹ Vgl.: Erwerbsverhalten von Frauen ..., a. a. O.

²⁰ Vgl. Gert G. Wagner: Kinderbetreuung und Vorschulerziehung sollten flexibel gestaltet werden – Erziehung muss für Eltern keine ökonomische Last sein. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Heft 1/2002, S. 43 ff.

²¹ Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass diejenigen Eltern nicht von jeglicher Förderung ausgeschlossen werden können, die ihre noch sehr jungen Kinder selbst betreuen wollen. Denn das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur Einkommensteuer vom 10. November 1998 (AZ 2 BvR 1057/91, 2 BvR 1226/91 und 2 BvR 980/91) gerade die Wahlfreiheit der Eltern betont und die gleichmäßige Förderung aller Betreuungsformen gefordert.

²² In der Diskussion über die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Ausweitung des horizontalen Familienleistungsausgleichs hatte sich das DIW Berlin dafür ausgesprochen, das Kindergeld zu erhöhen (vgl. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ..., a. a. O., S. 170 ff.). Das Erziehungsgeld dürfte jedoch das bessere Instrument sein, wenn auch die Arbeitsmarktbelange berücksichtigt werden.

werden, die nicht an der Kindererziehung, sondern lediglich an der Institution der Ehe ansetzen. Auch könnte das Ziel einer verstärkten partnerschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen verfolgt werden, indem das Bundeserziehungsgeldgesetz mit Anreizen dafür ausgestattet wird, dass mehr Väter einen Teil des Erziehungs-

urlaubs (jetzt „Elternzeit“ genannt) in Anspruch nehmen.²³

23 Vgl. Ellen Kirner und Wolfgang Kirner: Elternurlaub und Elterngeld als Bestandteile einer Strategie zur Umverteilung von Arbeit zwischen Männern und Frauen. In: Heinz P. Galler und Gert G. Wagner (Hrsg.): Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Frankfurt/Main, New York 1998, S. 379 ff.

Deutsche Warenausfuhr in die EWU profitiert vom Euro

Schon vor Beginn der Währungsunion wurden von der Einführung des Euro kräftige Impulse für den Handel zwischen den beteiligten Mitgliedstaaten erwartet, da der Wegfall von Wechselkursschwankungen die Planungssicherheit für grenzüberschreitende Handels- und Investitionsaktivitäten erhöhen und die einheitliche Währung die Markttransparenz entscheidend verbessern würden. Anhand einer ökonometrischen Untersuchung¹ wird gezeigt, dass die Entwicklung der deutschen Warenausfuhr in den Euroraum seit dem Jahr 1999 tatsächlich von einer zusätzlichen positiven Dynamik getrieben wird, die durch die bisherigen Einflussfaktoren allein nicht hinreichend erklärt werden kann. Es wird daher vermutet, dass die Einführung des Euro die deutschen Warenexporte in den vergangenen drei Jahren beflügelt hat.

Sabine Stephan
sstephan@diw.de

Eva Vega-Gordaliza
egordaliza@diw.de

Mit einem Anteil von etwa 44 % ist der Euroraum der mit Abstand größte Absatzmarkt für deutsche Erzeugnisse (Abbildung 1). Deutschlands wichtigste Handelspartner innerhalb der EWU(11)² sind Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Belgien und Spanien – auf diesen Länderkreis entfielen in den vergangenen fünf Jahren im Durchschnitt etwa 90 % des deutschen Intra-EWU-Handels. Die Struktur der deutschen Warenausfuhr wird von fünf Gruppen dominiert, die zu einem beträchtlichen Teil den Investitionsgütern zuzurechnen sind: Kraftwagen und -teile, chemische Erzeugnisse, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse sowie Eisen- und Stahlerzeugnisse. Etwa 60 % der deutschen Warenexporte in den Euroraum entfallen auf diese Warengruppen.³

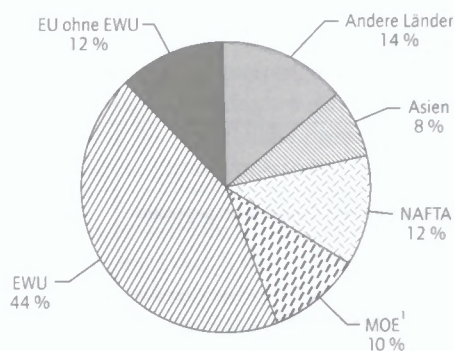
Im Warenhandel mit der EWU erzielt Deutschland traditionell hohe Überschüsse – dies gilt in besonderem Maße für den Außenhandel mit Frankreich, Italien, Österreich, Belgien und Spanien (Tabelle 1). Defizitär ist hingegen seit langem die Handelsbilanz Deutschlands gegenüber den Niederlanden und Irland. Dabei spielen die hohen Erdgasimporte aus den Niederlanden und die in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegene Einfuhr von kosmetischen und pharmazeutischen Erzeugnissen aus Irland eine wichtige Rolle.

Positive Impulse der Euro-Einführung

Nach der Schaffung des europäischen Binnenmarktes im Jahre 1993 war die Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung im Jahre 1999 ein weiterer wichtiger Schritt im europäischen Integrationsprozess, von dem positive Impulse für den innergemeinschaftlichen Handel erwartet wurden. Tatsächlich spielte der Euro bereits ein halbes Jahr nach seiner Einführung eine gewichtige Rolle im

Abbildung 1

Deutsche Warenausfuhr 2001 nach Regionen



¹ Mittel- und osteuropäische Länder.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2002

deutschen Außenhandel mit den anderen EWU-Ländern.⁴

Die Entwicklung der deutschen Warenexporte in die EWU(11) und in alle Länder außerhalb der EWU ist in Abbildung 2 in nominaler Rechnung dargestellt. Im Verlauf der Jahre 1999 und 2000 haben sich sowohl die Intra-EWU- als auch die Extra-EWU-Exporte aufgrund des außerordentlich günstigen weltwirtschaftlichen Umfelds überaus dynamisch entwickelt. Die nominalen Exporte in den Euroraum stiegen 1999 im Jahresdurchschnitt

¹ Zu einer ausführlichen Darstellung dieser Untersuchung vgl. S. Stephan: German Exports to the Euro Area. In: DIW Discussion Papers, Nr. 286, Berlin 2002.

² EWU(11) bezeichnet die EWU-Mitgliedsländer ohne Deutschland.

³ Vgl. A. Kuhn: Neue Entwicklungen im Außenhandel mit der Eurozone. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/2000, S. 851.

⁴ Vgl. A. Krockow: Der deutsche Außenhandel mit der Eurozone. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1999, S. 873.

Tabelle 1

Deutscher Außenhandel nach Ländern

In Mrd. Euro

	1997	1998	1999	2000	2001
Warenausfuhr					
Frankreich	48,3	54,1	58,6	67,4	70,7
Italien	33,3	36,1	38,3	45,0	47,5
Niederlande	32,2	34,2	34,4	39,0	39,3
Österreich	23,9	26,5	28,3	32,4	32,6
Belgien und Luxemburg	26,4	27,8	28,8	32,7	34,2
Spanien	16,9	19,7	22,7	26,7	28,4
Finnland	4,2	4,9	5,8	7,0	6,8
Portugal	4,8	5,4	5,9	6,3	6,4
Irland	2,2	2,6	2,9	3,6	4,0
Griechenland	3,2	3,6	4,2	4,7	5,1
EU	252,4	276,0	293,4	337,4	351,5
EWU (11)	195,3	214,7	229,8	264,9	274,9
Wareneinfuhr					
Frankreich	41,5	45,5	45,6	50,9	51,7
Niederlande	34,5	35,5	36,1	44,7	46,3
Italien	31,2	33,0	33,1	35,8	35,7
Belgien und Luxemburg	24,2	23,7	22,9	26,2	30,3
Österreich	14,9	16,9	18,3	20,5	20,8
Irland	4,5	7,2	11,4	10,7	16,6
Spanien	13,3	14,2	14,7	16,1	15,6
Finnland	3,9	4,3	4,7	5,9	6,4
Portugal	4,5	4,6	4,8	5,5	5,5
Griechenland	1,6	1,6	1,8	1,7	1,7
EU	217,0	231,1	239,7	274,0	286,8
EWU (11)	174,2	186,7	193,1	217,9	230,4
Saldo der Handelsbilanz Deutschlands gegenüber					
EU	35,3	44,9	53,7	63,4	64,6
EWU (11)	21,1	28,1	36,7	46,9	44,5

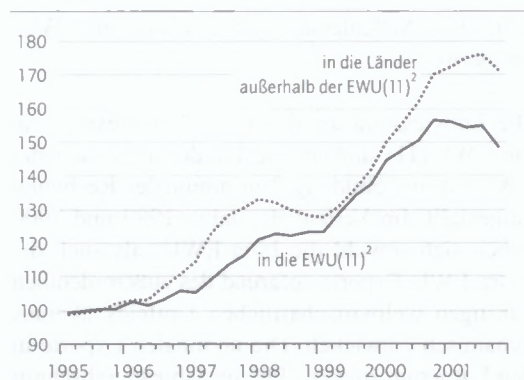
Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2002

Abbildung 2

Ausfuhr Deutschlands¹ 1995 bis 2001

1995 = 100

¹ Spezialhandel; saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).² Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Österreich, Portugal, Irland, Finnland und Griechenland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

um 7% und 2000 um 15,3%, die in die Länder außerhalb der EWU um 2,5% bzw. um 18,9% zu. Im vergangenen Jahr ließ das Tempo der Entwicklung spürbar nach. Während in den ersten drei Quartalen 2001 die deutsche Warenausfuhr in den Euroraum auf hohem Niveau stagnierte, nahmen die Extra-EWU-Exporte zunächst noch weiter zu; im letzten Jahresviertel ging dann im Sog der weltweiten konjunkturellen Abschwächung die Warenausfuhr generell deutlich zurück. Aufgrund der im ersten Halbjahr 2001 noch sehr guten Exportentwicklung expandierte die deutsche Warenausfuhr in den Euroraum im Jahre 2001 insgesamt um 3,8%, in die anderen Regionen sogar um 9,0%.

Das außerordentlich kräftige Wachstum deutscher Exporte in Länder außerhalb des Euroraums seit Mitte 1999 wurde von einer Reihe von Faktoren begünstigt. Die gute Weltkonjunktur sorgte auf allen wichtigen Drittmarkten – NAFTA (USA, Kanada und Mexiko), Asien sowie Mittel- und Osteuropa – für eine starke Nachfrage; die Wirtschafts- und Finanzkrisen in Südostasien und Russland

waren überwunden. Des Weiteren hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter durch die merkliche Abwertung des Euro seit Anfang 1999 deutlich verbessert. Insgesamt stiegen die Exporte in die NAFTA um 20,7 % im Jahre 2000 und um 9,2 % im Jahre 2001. Die Warenausfuhr nach Asien nahm in diesen beiden Jahren um 29,4 % bzw. um 6,7 % zu.

Der Export nach Mittel- und Osteuropa dürfte neben dem stabilen Wirtschaftswachstum in dieser Region in beträchtlichem Umfang davon profitiert haben, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Außenhandel mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, die einen EU-Beitritt anstreben, in den vergangenen Jahren nachhaltig verbessert wurden. Für deutsche Exporteure bedeutet dies, dass sich mit der Reduzierung der Kosten für die Absicherung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Die deutsche Warenausfuhr nach Mittel- und Osteuropa wuchs in den beiden vergangenen Jahren um 22,9 % (2000) und um 16,9 % (2001). Bei einem Anteil von 10 % hatten die Warenexporte in diese Region im Jahre 2001 damit den größten Einfluss auf das deutsche Exportwachstum.

Deutschland ist traditionell stark vom Außenhandel abhängig – derzeit liegt die Exportquote⁵ bei über 34 %. Das bedeutet, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland maßgeblich von der Entwicklung der Exporte im Allgemeinen und von der Warenausfuhr in den Euroraum im Besonderen beeinflusst wird, da dieser der mit Abstand größte Absatzmarkt für deutsche Produkte ist.

Um die Exportdynamik eingehender zu untersuchen, wurde eine ökonometrische Schätzgleichung für den Zeitraum 3. Quartal 1985 bis 3. Quartal 2001 angepasst. Diese Herangehensweise gibt zum einen Aufschluss darüber, welche Faktoren die deutsche Warenausfuhr in den Euroraum bestimmen und in welchem Maße Veränderungen dieser Faktoren (z. B. der Nachfrage aus den EWU-Ländern und der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure) das Exportwachstum beeinflussen. Zum anderen kann anhand statistischer Tests überprüft werden, ob der in der Schätzgleichung zum Ausdruck kommende ökonomische Erklärungszusammenhang über einen längeren Zeitraum hinweg stabil ist. Systematische Über- oder Unterschätzung des Exportwachstums in mehreren aufeinander folgenden Quartalen wären ein Anlass, die Schätzgleichung zu überprüfen, da es dann vermutlich weitere Faktoren gibt, die die Warenausfuhr beeinflussen, bislang aber nicht in der Schätzgleichung berücksichtigt sind.

Determinanten des Warenexports

Die zugrunde liegende Schätzgleichung (siehe Kasten) beschreibt die Entwicklung der realen deutschen Warenexporte in die EWU-Länder. Die entsprechende Zeitreihe wurde durch Addition der nominalen deutschen Warenexporte in die einzelnen Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion gebildet und mit einem geeigneten Preisindex⁶ deflationiert.

Die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen aus dem Euroraum wird durch die Entwicklung der Investitionstätigkeit in den wichtigsten EWU-Mitgliedsländern beschrieben, da Deutschland – wie eingangs dargestellt – in besonders großem Umfang Investitionsgüter exportiert. Die Variable, die die Entwicklung der Investitionstätigkeit im Euroraum widerspiegelt, setzt sich zusammen aus den jeweiligen nationalen Zeitreihen für die Bruttoanlageinvestitionen in Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, Belgien, Österreich und Finnland, die mit dem festen Euro-Umstellungskurs umgerechnet wurden.⁷ Auf diese Weise wird sichergestellt, dass in dem gebildeten EWU (7)-Aggregat keine Verzerrungen aufgrund von Wechselkursschwankungen auftreten und das Aggregat somit die tatsächliche Entwicklung der Investitionen im Euroraum wiedergibt.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure wird durch den realen Außenwert der D-Mark gegenüber einem Währungskorb, der die Währungen der anderen EWU-Mitgliedsländer⁸ enthält, erfasst. Dieser Währungskorb wurde wie folgt berechnet: Zunächst wurden die bilateralen realen Außenwerte der D-Mark gegenüber den Währungen der einzelnen EWU-Mitgliedsländer gebildet, indem die jeweiligen nominalen Außenwerte um Unterschiede zwischen der Preisentwicklung in Deutschland und in dem entsprechenden EWU-Land bereinigt wurden.⁹ Anschließend

Auslandsnachfrage durch Investitionstätigkeit im Euroraum beschrieben

Realer Außenwert der D-Mark als Indikator für preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure

⁵ Anteil der nominalen Exporte am nominalen Bruttoinlandsprodukt.

⁶ In dieser Untersuchung wurde der so genannte Index der „Durchschnittswerte Ausfuhr“ (1995 = 100) verwendet.

⁷ Da für Portugal, Irland, Griechenland und Luxemburg derzeit keine ausreichend langen vierteljährlichen VGR-Zeitreihen nach dem ESVG95 zur Verfügung stehen, konnten diese Länder nicht im EWU-Aggregat für die Investitionstätigkeit berücksichtigt werden. Da aber 92 % der gesamten deutschen Warenexporte in den Euroraum in die EWU (7)-Länder gehen, fällt das Fehlen der kleinen Länder bei der Schätzung kaum ins Gewicht.

⁸ Da Griechenland erst seit 2001 zur EWU gehört, ist die Drachme nicht im Währungskorb enthalten.

⁹ Für die Berechnung der realen Außenwerte wurden die relativen Konsumentenpreise in Deutschland und in den jeweiligen EWU-Mitgliedsländern verwendet. Gegen die Verwendung der Konsumentenpreise kann eingewendet werden, dass in ihnen nicht nur die Preise der handelbaren Güter erfasst werden, sondern auch die der nichthandelbaren Güter. Verschiedene Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass dieser aus theoretischen Überlegungen stammende Kritikpunkt in der Schätzpraxis keine nachteiligen Effekte nach sich zieht. Vgl. S. Stephan, a. a. O., S. 8; H. Strauß: Eingleichungsmodelle zur Prognose des deutschen Außenhandels. In: Kieler Arbeitspapiere Nr. 987, Kiel 2000; Deutsche Bundesbank: Zur Indikatorqualität unterschiedlicher Konzepte des realen Außenwerts der D-Mark. In: Monatsbericht Nr. 11/1998, S. 41–55.

Ökonometrische Untersuchung der deutschen Warenausfuhr in den Euroraum

Die Entwicklung der Warenausfuhr in den Euroraum wurde anhand eines Fehlerkorrekturmodells geschätzt. Vorteilhaft an dieser Herangehensweise ist, dass statistische Methode und ökonomische Theorie miteinander korrespondieren. Der Fehlerkorrekturdarstellung liegt nämlich die Idee zugrunde, dass eine langfristige, ökonomisch gehaltvolle Gleichgewichtsbeziehung¹ zwischen der zu erklärenden und den erklärenden Variablen besteht. Abweichungen von dieser langfristigen Gleichgewichtsbeziehung können auftreten, allerdings sorgt ein Anpassungsmechanismus dafür, dass diese Abweichungen in darauf folgenden Perioden wieder zum Gleichgewicht hin korrigiert werden.

Ein Fehlerkorrekturmodell² kann in allgemeiner Form geschrieben werden als

$$(1) \quad \Delta y_t = \gamma z_{t-1} + \sum_{j=1}^{k_1} a_j \Delta x_{t-j} + \sum_{j=1}^{k_2} b_j \Delta y_{t-j} + \varepsilon_t$$

mit $z_{t-1} = y_{t-1} - c - \beta x_{t-1}$ und $\gamma \leq 0$. Der Störterm ε_t ist „weißes Rauschen“. Die Fehlerkorrekturgleichung besteht aus zwei Komponenten – dem Fehlerkorrekturmechanismus (γz_{t-1}) und der Modellierung der Kurzfrisdynamik anhand der Summenausdrücke in (1). Der Fehlerkorrekturmechanismus setzt sich wiederum zusammen aus der Kointegrationsbeziehung (z_{t-1}), die eine langfristige Gleichgewichtsbeziehung darstellt, und dem so genannten Ladungskoeffizienten (γ). Der Fehlerkorrekturmechanismus stellt sicher, dass Abweichungen von der langfristigen Gleichgewichtsbeziehung, die auch als „Fehler“ bezeichnet werden, in der darauf folgenden Periode bereits in einem bestimmten Maße korrigiert werden. Wie schnell sich dieser Anpassungsprozess vollzieht, gibt der Ladungskoeffizient an.

Die ökonometrische Schätzung basiert auf unbereinigten Quartalszahlen für den Beobachtungszeitraum 3. Quartal 1985 bis 3. Quartal 2001. Da alle Zeitreihen mit dem natürlichen Logarithmus transformiert wurden, können die geschätzten Koeffizienten als Elastizitäten interpretiert werden.

Im Folgenden werden die realen deutschen Warenexporte in den Euroraum mit *EX*, die Investitionsnachfrage in der EWU(11) mit *INV* und der reale Außenwert mit *RAW* bezeichnet. Die Variable *trend* ist ein linearer Zeittrend³, der hier als Proxy für die zunehmende internationale Arbeitsteilung dient. Die Variablen *sd*₁, *sd*₂ und *sd*₃ stehen für die zentrierten Saisondummies.

Das Fehlerkorrekturmodell für die realen deutschen Warenexporte in die EWU lautet (t-Werte in Klammern):

$$\begin{aligned} \Delta \ln EX_t = & -0,76 \left[\ln EX_{t-1} - 6,14 - 0,01 \text{trend} - 0,51 \ln INV_{t-1} + 1,04 \ln RAW_{t-1} \right] \\ & \quad \quad \quad (-6,4) \quad \quad \quad (-3,7) \quad \quad \quad (-10,3) \quad \quad \quad (-4,0) \quad \quad \quad (-4,0) \\ & + 0,05 sd_1 + 0,08 sd_2 - 0,06 sd_3 \\ & \quad \quad \quad (0,6) \quad \quad \quad (2,7) \quad \quad \quad (-0,8) \\ & + 0,22 \Delta \ln EX_{t-2} + 0,23 \Delta \ln EX_{t-3} + 0,15 \Delta \ln EX_{t-4} \\ & \quad \quad \quad (2,0) \quad \quad \quad (2,0) \quad \quad \quad (1,4) \\ & + 0,89 \Delta \ln INV_t + 0,69 \Delta \ln INV_{t-1} \\ & \quad \quad \quad (3,8) \quad \quad \quad (2,8) \end{aligned}$$

In der Untersuchung wird ein stabiler langfristiger Zusammenhang (Kointegrationsbeziehung) zwischen den deutschen Warenexporten in die EWU, der Investitionstätigkeit im Euroraum, der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure sowie der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung festgestellt. Der Ladungskoeffizient wird auf $-0,76$ geschätzt. Das bedeutet, dass Abweichungen von der langfristigen Gleichgewichtsbeziehung in den darauf folgenden Perioden zügig korrigiert werden. Alle erklärenden Variablen weisen das erwartete Vorzeichen auf. In der langen Frist führt eine 1%ige Erhöhung der Investitionsnachfrage in den übrigen EWU-Ländern pro Quartal zu einer Zunahme der deutschen Waren

¹ Mit dem Begriff Gleichgewicht ist hier ein Zustand gemeint, der Beharrungsvermögen aufweist. Dieser Begriff impliziert nicht, dass ein ökonomisches Gleichgewicht im Sinne geräumter Märkte besteht.

² U. Hassler: Leitfaden zum Schätzen und Testen von Kointegration. In: Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der

Freien Universität Berlin (Volkswirtschaftliche Reihe), Nr. 2, Berlin 2001.

³ Der lineare Zeittrend beginnt im dritten Quartal 1985 mit dem Wert eins und nimmt in den folgenden Quartalen die Werte zwei, drei usw. an.

Statistische Prüfmaße

Korrigiertes Bestimmtheitsmaß ($\bar{R}^2$)	0,88
Normalverteilung der Residuen (Jarque-Bera) ^a	[0,31]
LM-Test auf Autokorrelation 1. Ordnung ^a	[0,45]
LM-Test auf Autokorrelation 4. Ordnung ^a	[0,84]
White-Test auf Modellfehlspezifikation ^a	[0,60]
CUSUM und CUSUM ² -Stabilitätstest ^b	0

a Marginale Irrtumswahrscheinlichkeit.
b Anzahl der Quartale, in denen die Stabilität verletzt ist.

DIW Berlin 2002

exporte um gut ein halbes Prozent, während eine 1%ige Erhöhung des realen Außenwerts der D-Mark pro Quartal eine Senkung der Warenexporte etwa im selben Umfang zur Folge hat. In der hohen Preiselastizität der Exportnachfrage kommt der starke Konkurrenzdruck auf dem europäischen Absatzmarkt zum Ausdruck, dem sich die deutschen Exporteure ausgesetzt sehen. In der langen Frist spielt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure für die Entwicklung der deutschen Warenausfuhr in die EWU eine deutlich größere Rolle als die Investitionsnachfrage. Letztere ist dafür in der kurzfristigen Anpassung von besonderer Bedeutung: Mit Koeffizienten von 0,89 und 0,69 wirken die zeitgleiche und die um eine Periode verzögerte Veränderung der Investitionsnachfrage sehr stark auf die Warenexporte.

Die statistischen Prüfmaße belegen die gute Anpassung der Schätzgleichung für den gesamten Schätzzeitraum (Tabelle). Um zu untersuchen, ob es einzelne Phasen gibt, in denen die Schätzgleichung das Exportwachstum systematisch über- oder unterschätzt, wurde eine Ex-post-Simulation für den Zeitraum 3. Quartal 1985 bis 3. Quartal 2001 durchgeführt. Das bedeutet, dass die Zeitreihen der erklärenden Variablen in die obige Schätzgleichung eingesetzt wurden, um in Verbindung mit den geschätzten Koeffizienten die Entwicklung der Warenexporte „vorherzusagen“. Da der Simulationszeitraum bereits abgeschlossen ist und folglich Ist-Werte für das tatsächlich eingetretene Exportwachstum vorliegen, können die Prognosefehler⁴ berechnet werden.

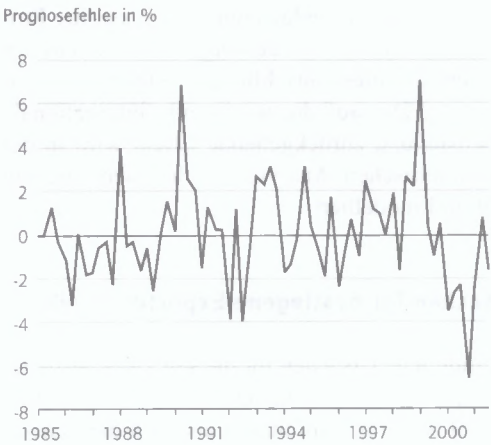
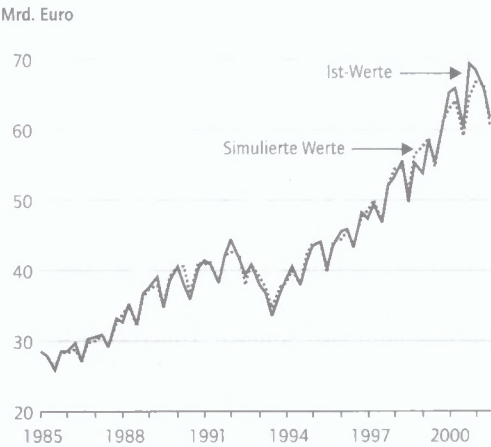
Die Abbildung zeigt die simulierten Werte (gepunktete Linie) und die Ist-Werte (durchgezogene Linie) der Warenexporte sowie die Prognosefehler. Die Prognosefehler sind in Prozent des Ist-Werts angegeben; ein negatives (positives) Vorzeichen steht für eine Unterschätzung (Überschätzung).

Die simulierten Werte der Warenexporte folgen den Ist-Werten über den gesamten Simulationszeitraum recht eng. Allerdings ist an den Prognosefehlern deutlich zu erkennen, dass die Gleichung seit dem Jahr 1999 die tatsächliche Entwicklung in mehreren aufeinander folgenden Quartalen unterschätzt, was darauf hindeuten könnte, dass strukturelle Veränderungen stattgefunden haben. Diese Einschätzung wird durch den Chow-Forecast-Test bestätigt, der für die Schätzgleichung einen Strukturbruch im Jahre 1999 feststellt.⁵

4 Da die Ex-post-Simulation eine Prognose für einen bereits abgeschlossenen Zeitraum ist, werden die Fehler üblicherweise auch als Prognosefehler bezeichnet.

5 Bei diesem Test ist die Nullhypothese, dass kein Strukturbruch vorliegt. In dieser Untersuchung kann die Nullhypothese mit einer Fehlerwahrscheinlichkeit von 1 % abgelehnt werden.

Prognosegüte innerhalb des Schätzzeitraums 1985: 3 bis 2001: 3



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2002

wurden die realen Außenwerte mit dem Anteil des jeweiligen Landes an den deutschen Warenexpor-

ten in die EWU gewichtet und zu einem Währungskorb zusammengefasst. Da seit dem 1. Januar

1999 der nominale Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen der anderen EWU-Mitgliedsländer fixiert ist, können seitdem Schwankungen im realen Außenwert nur noch durch Unterschiede in der Preisentwicklung zwischen Deutschland und der EWU(11) verursacht werden.

Auch bei unveränderter gesamtwirtschaftlicher Entwicklung im Euroraum und gleich bleibender Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure steigt die Warenausfuhr aufgrund zunehmender Handelsverflechtungen. Durch die zunehmende Marktintegration in Europa und den Abbau von Handelshemmnissen können Unternehmen beispielsweise in immer stärkerem Maße Preis- und Qualitätsvorteile nutzen, die mit einer Auslagerung bestimmter Produktionsschritte ins Ausland verbunden sind. Dies führt dazu, dass sie die eigene Fertigungstiefe reduzieren, indem sie ihre Produkte zur Weiterverarbeitung über die Grenze bringen, um diese anschließend wieder zu reimportieren. Der auf die wachsende internationale Arbeitsteilung zurückgehende Effekt wird in der ökonometrischen Analyse durch einen linearen Zeittrend modelliert.

Ursachen für gestiegene Exportdynamik

Als mögliche Ursachen für die seit 1999 gestiegene Exportdynamik kommen auf den ersten Blick sowohl die Euro-Einführung als auch die Schwäche des Euro in Frage. So wäre es denkbar, dass die deutschen Exporte in die EWU(11) deshalb gestiegen sind, weil die Länder des Euroraums aufgrund der starken Abwertung des Euro ihre Importe aus den USA und Asien reduziert und durch Importe aus dem Euroraum substituiert haben. Diese Hypothese wird durch die vorliegende Untersuchung nicht bestätigt. Die Exportgleichung wurde für einen Zeitraum geschätzt, in dem es immer wieder Phasen gab, in denen die europäischen Währungen gemeinsam gegenüber dem US-Dollar abgewertet haben. Würde die Importsubstitution für die Entwicklung der deutschen Warenexporte in den Euroraum tatsächlich eine Rolle spielen, dann hätte die Schätzgleichung bereits in diesen Phasen das Exportwachstum systematisch unterschätzen müssen – das war jedoch nicht der Fall. Des Weiteren wurden sowohl der Außenwert des Euro zum US-Dollar in der Schätzgleichung getestet als auch der Außenwert eines synthetischen Euro, bestehend aus den Währungen der EWU(10)-Länder (Euroraum ohne Deutschland und Griechenland). Doch auch hier wurde kein signifikanter Einfluss dieser Variablen festgestellt. Gegen die Hypothese, dass die starke Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar für den Strukturbruch in der Schätzgleichung für

die deutschen Warenexporte in den Euroraum verantwortlich ist, spricht schließlich, dass die Gleichung für die deutschen Warenexporte in die USA, in der der reale Außenwert des Euro als erklärende Variable einen unmittelbaren Einfluss hat, keinen Strukturbruch aufweist. Es wird daher davon ausgegangen, dass der Strukturbruch in der Schätzgleichung für die deutschen Warenexporte in die EWU im Zusammenhang mit der Euro-Einführung steht.

Durch die Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung haben sich die Rahmenbedingungen im Intra-EWU-Handel nachhaltig verbessert. Es wird daher erwartet, dass sich die erhöhte Planungssicherheit für grenzüberschreitende Handelsaktivitäten langfristig in einer weiteren Erhöhung des Intra-EWU-Handels niederschlagen wird. Doch bereits kurzfristig haben deutsche Anbieter vom Wegfall des Wechselkursrisikos profitiert. In der Vergangenheit spielte das Wechselkursrisiko für das Preissetzungsverhalten der deutschen Exporteure eine große Rolle. Aufgrund des starken Konkurrenzdrucks auf dem europäischen Absatzmarkt waren sie kaum in der Lage, Preiserhöhungen, die sich aufgrund der Aufwertung der D-Mark ergaben,¹⁰ am Markt durchzusetzen. Vielmehr bestand ihre Strategie darin, ihre Angebotspreise auf dem Absatzmarkt relativ konstant zu halten und so ihre Marktanteile zu verteidigen. Solch eine Strategie impliziert jedoch, dass Phasen, in denen die D-Mark aufwertet (abwertet), mit fallenden (steigenden) Exportpreisen in D-Mark und einer Minderung (Erhöhung) der Gewinne der Exporteure einhergehen. Deshalb haben die deutschen Exporteure bei der Preissetzung nicht ihre ganze preisliche Wettbewerbsfähigkeit ausgespielt. Vielmehr war in dem Angebotspreis ein kleiner Aufschlag enthalten, der ihnen im Fall einer Abwertung der D-Mark einen zusätzlichen Gewinn und damit ein finanzielles Polster bescherte, das wiederum aufgezehrt werden konnte, wenn sich Gewinneinbußen infolge einer D-Mark-Aufwertung ergaben.

Mit dem Wegfall des Wechselkursrisikos haben sich die Transaktionskosten der Exporteure reduziert, was sich wiederum positiv auf ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit ausgewirkt hat. Außerdem ist durch die Einführung des Euro die Transparenz bei der Bewertung von Leistungen entscheidend erhöht worden – denn seitdem kann das Leistungsangebot in der gesamten EWU problemlos verglichen werden. Davon haben die deutschen Exporteure profitiert, indem der Preis-

¹⁰ Für die Argumentation wird angenommen, dass der Exportpreis in D-Mark fixiert wird und dass sich der Preis auf dem Absatzmarkt als Produkt aus D-Mark-Preis und nominalem Außenwert ergibt.

Marktintegration durch zunehmende internationale Arbeitsteilung

Handelsumlenkungen durch Euro-Schwäche?

vorteil bei den von ihnen angebotenen Gütern auf dem Absatzmarkt wahrgenommen und in Form einer höheren Nachfrage honoriert wurde.

Fazit

Die ökonometrische Untersuchung hat gezeigt, dass das Wachstum der deutschen Warenexporte in die EWU seit Anfang 1999 von einer zusätzlichen Dynamik getrieben wird, die durch die makroökonomischen erklärenden Variablen (Investitionstätigkeit im Euroraum, preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure sowie internationale Arbeitsteilung) nicht erklärt werden kann. Es wird daher vermutet, dass das dynamische Exportwachstum im Zusammenhang mit der Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung steht.

Üblicherweise wird von der Schaffung eines gemeinsamen Währungsraums eine Intensivierung des grenzüberschreitenden Handels erwartet. Al-

lerdings gehen die Ansichten darüber, wie groß die Integrationseffekte tatsächlich sind, weit auseinander. Ökonometrische Untersuchungen mit dem Ziel, die Effekte der Euro-Einführung zu quantifizieren, können derzeit noch nicht durchgeführt werden, weil die Anzahl verfügbarer Beobachtungen bislang zu gering ist. Es hat jedoch den Anschein, dass deutsche Exporteure bereits kurzfristig aufgrund gesunkener Transaktionskosten und gesteigerter Markttransparenz von der Euro-Einführung profitiert haben. Allerdings wird noch einige Zeit vergehen, bevor zeitreihenanalytisch gestützte Untersuchungen der längerfristigen Auswirkungen des Euro auf den innergemeinschaftlichen Handel durchgeführt werden können. In diesem Zusammenhang wäre dann auch zu untersuchen, ob der Euro den innergemeinschaftlichen Handel aller EWU-Länder in gleichem Maße beflügelt hat oder ob es einzelne Länder gibt, die von der gemeinsamen Währung in besonderem Maße profitiert haben.

Langfristige Effekte der Euro-Einführung noch ungewiss

Einladung zum Vortrag im DIW Berlin am 15. August 2002

Johanna Francis

Johns Hopkins University, USA

Knowledge Spillovers and Endogenous Growth at the Regional Level: Some Evidence from the Biotechnology Industry

Abstract

The critical role of knowledge spillovers in generating continuing economic growth has been strongly supported theoretically although the empirical evidence is lacking. Johanna Francis seeks to address the question whether knowledge spillovers at the regional level are sufficiently strong to generate the pre-conditions necessary for endogenous growth. The biotechnology industry, in which knowledge spillovers are viewed to be particularly strong, is used as a particular case study.

Ort: DIW Berlin, Sitzungssaal E 05 (Englerallee 40)

Zeit: 14.00 Uhr s. t.

Anmeldungen bitte unter *Information@diw.de*

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettel, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin